

ABGABENPOLITIK

## Reichtum verpflichtet

Der Staat hat sich verausgabt. Jetzt müssen die Wohlhabenden mehr abgeben.

VON Wolfgang Uchatius; Massimo Bognanni; Heike Faller; Anna Kemper; Julian Trauthig | 01. September 2011 - 08:00 Uhr

© Thomas Peter/Reuters



Auf der Ausstellung "Techno Luxury" in Berlin

Holger Meyer ist an diesem Tag wieder unterwegs, um Geld in Erde zu verwandeln. Es ist ein warmer Augustmorgen, Meyer hat sein Karohemd aufgeknöpft, ein paar weiße Brusthaare schauen hervor. Er steigt aus seinem Gelände-BMW und greift in den Acker. Meyer fühlt die Krume, lobt den Kiesanteil. 16 Hektar in der Kölner Bucht. Deutschlands bester Boden, sagt Meyer. Es wird nicht lange dauern, bis das Geld kommt.

Holger Meyer, 56, ist ein ungewöhnlicher Immobilienmakler. Altbauwohnungen in bester Lage interessieren ihn nicht. Meyer verkauft Äcker, Wälder, Blumenwiesen, seit 15 Jahren schon. Er mag die Natur, den Geruch der Felder, das war immer so. Neu sind die Kunden, die Meyer jetzt hat.

Früher waren es Bauern, die zu ihm kamen. Jetzt sind es Manager, Unternehmer, reiche Erben. Sie bringen Geld mit, das vorher vielleicht eine Aktie war, ein Optionsschein, eine Griechenland-Anleihe. Geld, das Rendite sucht und eine sichere Anlage.

Ackerboden gilt unter Wohlhabenden als gute Investition in diesen Tagen. Genau wie Gold, Diamanten, Oldtimer, Antiquitäten. Bei Auktionen erzielen türkische Maler Rekordpreise. Irgendwo muss das Geld ja hin.

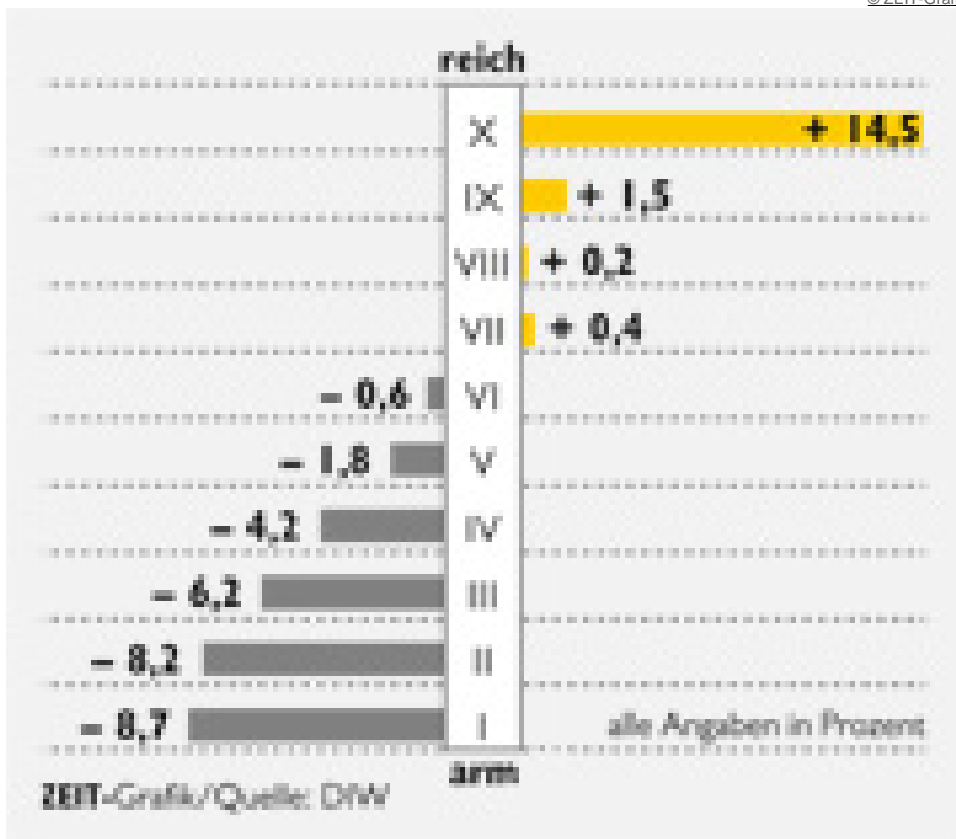
Drei Jahre nach der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers sind die Deutschen so reich wie nie zuvor. Sie besitzen Wertpapiere, Bankkonten, Häuser,

Kunstsammlungen, insgesamt 7,4 Billionen Euro. Nur in Amerika und Japan gibt es geschätzt mehr Millionäre als in der Bundesrepublik.

Man könnte das als gute Nachricht sehen. Als Beleg dafür, dass die staatlichen Bankenrettungen und Konjunkturprogramme der Wirtschaft geholfen haben. Man könnte glauben, all die Milliarden, die sich in der Krise in Luft auflösten, sie seien wieder da.

In Wahrheit fehlen sie jetzt anderswo. In den Rathäusern und Ministerien der Republik, überall dort, wo Beamte die Schulden des Staates zählen. Die Finanzkrise hat sie um 20 Prozent nach oben getrieben. Der stärkste Anstieg seit dem Zweiten Weltkrieg.

© ZEIT-Grafik



Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen. Klicken Sie bitte auf das Bild, um die Grafik zu öffnen

Das gilt nicht nur für Deutschland. Auch in Großbritannien, Frankreich, den USA, in fast allen Industrieländern hat der Staat der Wirtschaft mit viel Geld geholfen. Hat Aktienpakete und Firmenvermögen vor dem Verdampfen bewahrt. Überall hat er jetzt Schulden auf Rekordniveau. Weshalb sich überall dieselbe Frage stellt.

Wer soll das bezahlen?

Wir, die Reichen, schrieb in Amerika der Multimilliardär und Finanzunternehmer Warren Buffett kürzlich in einem Beitrag in der *New York Times*. Wir, riefen in Frankreich 16 Manager und Unternehmenslenker vergangene Woche in einem öffentlichen Appell

und fügten an: »Besteuert uns!« Wir, sagte in Italien Luca Montezemulo, Chef des Sportwagenherstellers Ferrari.

Und in Deutschland?

In den vergangenen Tagen hat die *ZEIT* rund hundert prominente, wohlhabende Bundesbürger kontaktiert. Unternehmer, Manager von Dax-Konzernen, reiche Erben, Schauspieler, Musiker, Präsidenten von Fußballvereinen. Menschen, die Millionen besitzen, manchmal Milliarden.

Alle bekamen dieselbe Frage gestellt: Würden Sie eine höhere Steuerbelastung akzeptieren, wenn sie dazu diente, die Staatsverschuldung zu senken?

Martin Winterkorn, Vorstandschef des Autokonzerns Volkswagen, Jahresgehalt 9,3 Millionen Euro, lässt ausrichten, er äußere sich nicht zu diesem Thema.

Dieter Bohlen, Musikproduzent und TV-Juror, geschätztes Vermögen 120 Millionen Euro, hat keine Zeit.

Martin Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, Jahresgehalt 617.000 Euro, will keine Stellung nehmen.

Ist die Frage womöglich unverschämt?

Sie ist zumindest ideologisch infiziert, verseucht durch eine jahrzehntelange Politik des Geldeintreibens. Deutschland, das war in Europa immer das Hochsteuerland, egal, ob die Kanzler Adenauer, Brandt oder Schmidt hießen. Die Bürger zahlten, die Regierung kassierte. Der Staat war der natürliche Feind all jener in Deutschland, die Geld haben.

War. Denn in den vergangenen Jahren hat sich etwas verändert im Verhältnis zwischen der Regierung und den Reichen. Bundeskanzler und Minister aller Parteien sind zu Freunden der Wohlhabenden geworden.

Die schwarz-gelbe Regierung unter Helmut Kohl schaffte die Vermögensteuer ab – die es in vielen anderen Industrieländern weiterhin gibt.

Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder reduzierte den Spitzensatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent.

Die schwarz-rote Regierung unter Angela Merkel senkte die Steuer auf Kapitalerträge von maximal 42 auf 25 Prozent. Seitdem gilt: Erarbeitet sich ein Gutverdiener zusätzliche 10.000 Euro, werden 4.200 Euro Steuern fällig. Streicht er 10.000 Euro an Zinsen ein, muss er nur 2.500 Euro zahlen. Das Kapital arbeiten zu lassen lohnt sich mehr, als selbst Hand anzulegen.

Vor zwei Jahren minderte die Große Koalition auch noch die Erbschaftsteuer, die schon zuvor ungewöhnlich niedrig war. Die 200 Milliarden Euro, die jedes Jahr vererbt werden, bleiben nun fast gänzlich unbesteuert.

Auf das Leben der meisten Deutschen hatten diese Gesetzesänderungen keinen Einfluss. Sie sind keine Spitzenverdiener, haben kein großes Vermögen, erben keine Villen, höchstens ein kleines Reihenhaus, darauf fielen noch nie Steuern an.

Für die Gruppe der Wohlhabenden aber bedeuteten die Steuerreformen einen massiven Geldgewinn. Ihr Besitz stieg – in einer Zeit, in der die Einkommen der meisten Normalverdiener sanken. »Die Wohlhabenden waren die großen Gewinner der vergangenen Jahre«, sagt der Soziologe Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

Eigentlich müssten sie gute Freunde des Staates sein.

Arend Oetker, Urenkel des Unternehmers August Oetker und Eigentümer des Marmeladenherstellers Hero, sagt, er wolle sich zu dieser Frage nicht äußern.

Kurt Bock, Vorstandschef des Chemiekonzerns BASF, Jahresgehalt 3,8 Millionen Euro, richtet aus, er sei in dieser Angelegenheit nicht zu erreichen.

Markus Miele, Urenkel des Unternehmers Carl Miele und Geschäftsführer des gleichnamigen Haushaltsgeräteherstellers, teilt mit, er habe nicht das Bedürfnis, mit Stellungnahmen zu allgemeinpolitischen Themen an die Öffentlichkeit zu treten.

Es gibt ein Argument, das in jeder Talkshow zum Thema Reichtum fällt: Die Wohlhabenden zahlen schon jetzt am meisten Steuern. Das stimmt. Es sollte deshalb niemand behaupten, es gebe in Deutschland keine Umverteilung. Wären da nicht die weltweite Schuldenkrise, der Druck der Finanzmärkte, brauchte man über den Beitrag der Vermögenden zur Staatsfinanzierung nicht zu diskutieren.

So aber muss man feststellen: Gemessen an dem, was sie besitzen, bezahlen die Wohlhabenden weit weniger Steuern als früher. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf hat die Zahlen des Bundesfinanzministeriums nachgerechnet. Ergebnis: Allein durch die Steuersenkungen der vergangenen zehn Jahre sind dem Staat rund 300 Milliarden Euro entgangen. Mehr als durch die Finanzkrise.

Endlich, ein Rückruf. Ein Wohlhabender ist zum Gespräch bereit.

Es ist: Burkhard Schuchmann, 69 Jahre alt, wohnhaft in Dortmund-Kirchhörde, in einem Haus, dessen Wohnzimmer so groß ist wie ein Kleinstadtbahnhof. Nur dass in Bahnhöfen keine teuren Bilder an der Wand hängen.

Schuchmann, ein kleiner, grauhaariger Mann, hat fast 20 Jahre lang die Firma Vossloh im westfälischen Werdohl geleitet, Europas größten Hersteller von Dieselloks. Er war Chef von 6.000 Mitarbeitern, hat Übernahmekämpfe organisiert und Vossloh an die Börse gebracht. Die Wirtschaftspresse schrieb damals: »In weniger als einem Jahrzehnt machte Vossloh-Chef Schuchmann aus der verschlafenen Familienfirma einen leistungsstarken Konzern.«

Jetzt, fünf Jahre nach seinem Rücktritt als Vorstandsvorsitzender, sitzt Burkhard Schuchmann an einem Tisch in seiner Villa und spricht ausführlich über ökonomische Vernunft und die Tugenden des Mittelstandes. Wenn es um sein Vermögen geht, wird er diskreter. Er sagt: »Da ist schon ein bisschen was zusammengekommen.«

Als Vorstandschef hat Schuchmann immer hervorragend verdient. Vor allem erwarb er, als Vossloh noch klein war, Aktien des Unternehmens. Vossloh wuchs, die Kurse stiegen, die Börse machte Schuchmann reich.

Nach seiner Zeit bei Vossloh fing er bei einem amerikanischen Finanzinvestor an, der sich für den Kauf deutscher Firmen interessierte. Schuchmann blieb nicht lange. Zu steril war ihm die Zahlenfixiertheit der Finanzleute, die sich nur für Rendite interessierten, nicht für Produkte.

Stattdessen nahm Schuchmann sechs Millionen Euro und kaufte etwas, das man anfassen kann: Weinstöcke, ein Gut in Georgien, einem Land, das niemand mit Wein verbindet, in dem aber seit 8.000 Jahren Reben wachsen.

Schuchmanns Gut ist 120 Hektar groß, wer es sich zu Fuß ansehen will, ist eine Weile unterwegs. Schuchmann hilft dort bei der Ernte, stellt Leute ein, macht sich Gedanken über die Vermarktung. Er will den georgischen Wein zu den Deutschen bringen.

Und die Deutschen zum Wein: Schuchmann plant, Teile seiner Weinfelder an deutsche Investoren zu verkaufen, eine Bank, die ihm hilft, hat er schon gefunden. Ärzte, Anwälte, Vorstände, die mindestens 100.000 Euro übrig haben und eine feste Anlage suchen – »das ist meine Zielgruppe«, sagt Schuchmann.

Es ist nicht nur ein Hobby. Burkhard Schuchmann will mit seinem Wein auch Geld verdienen.

Und wenn er davon etwas abgeben müsste, wenn er wieder etwas mehr Steuern zu zahlen hätte als bisher?

Das Gespräch mit Schuchmann dauert zwei Stunden. Stets redet er ruhig und konzentriert, in wohlgesetzten Worten. Als er aber diese Frage hört, hebt er die Stimme, regt sich auf. Er spricht vom unfähigen Staat, der nicht vernünftig wirtschaften könne, von einer Regierung, die zu dämlich sei, die Einnahmen sinnvoll auszugeben.

Er sagt: »Heute eine Reichensteuer zu verlangen, das ist Blödsinn, das zeigt doch nur die Einfallslosigkeit der Politik.«

Es ist eine schwierige Beziehung zwischen dem Staat und den Wohlhabenden. Der Wirtschaftsjournalist Christian Rickens hat für sein Buch *Ganz oben. Wie Deutschlands Millionäre wirklich leben* mit Dutzenden Vermögenden gesprochen. Manche hatten ihren Besitz erarbeitet, andere geerbt. In einem waren sie sich einig: dass das Geld Ausdruck ihres Könnens, ihrer Leistung sei. »Die meisten Millionäre sind machtbewusster und streitbarer als der Durchschnittsbürger. Das Bestreben, ihnen höhere Steuern abzuverlangen, empfinden sie schnell als persönlichen Affront«, sagt Rickens.

Peter Löscher, Vorstandschef des Siemens-Konzerns, Jahresgehalt 8,9 Millionen Euro, will sich kurzfristig nicht zu so einem grundsätzlichen Thema äußern.

Günther Jauch, TV-Moderator, angebliches Jahresgehalt: 10,5 Millionen Euro, richtet aus, er stehe nicht zur Verfügung.

Dafür meldet sich Marijn Dekkers, Vorstandschef des Pharma- und Chemiekonzerns Bayer, Jahresgehalt 4 Millionen Euro. Dekkers schreibt: »Natürlich könnte ich eine höhere Steuerlast verkraften. Das eigentliche Thema ist aber ein anderes: Die überhöhte Staatsverschuldung rührt ja daher, dass die Politiker regelmäßig mehr ausgeben, als die Einnahmen erlauben. Das ist inakzeptabel.«

Ähnlich äußert sich Hans-Joachim Watzke, Unternehmer und Präsident des Fußballvereins Borussia Dortmund. Er sagt: »Man kann nicht immer weiter an den Einnahmen-Schrauben drehen, um einen solchen Schuldenberg abzubauen. Man muss sparen, das erwarte ich jetzt auch von der Bundesregierung.«

Der verschwenderische deutsche Staat, der wuchert und wuchert, der sich weigert zu kürzen und zu streichen – es ist ein Bild, das viele Reiche im Kopf haben. Das Bild ist nicht falsch, aber es ist alt. Es stammt aus der Zeit vor der Jahrtausendwende, als der Staat von Jahr zu Jahr mehr Geld ausgab und eine Stadt wie Sindelfingen einen Zebrastrifen mit Carrara-Marmor auslegen ließ.

Inzwischen aber werden im ganzen Land Bibliotheken abgeschafft, Schwimmbäder geschlossen, Stellen gestrichen. Noch immer lassen sich Beispiele von Provinzpolitikern finden, die Geld für Prestigeprojekte verplempern. Aber heute sind es Ausnahmen. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der deutsche Staat in den zehn Jahren vor der Finanzkrise fertiggebracht, was keinem anderen Land in Europa gelang: Er hat gespart. Die Staatsausgaben sanken trotz hoher Arbeitslosigkeit.

Dann kamen die Bankenpleiten. Die Konjunktur- und Rettungsprogramme ließen die Staatsausgaben steigen und mit ihnen die Schulden. Auf einmal fraßen sich Löcher in das Dach eines Gebäudes im Südwesten von Nürnberg.

Wenn Werner Sittauer seine Schule betritt, muss er aufpassen, nicht über Eimer zu stolpern. Sie stehen hinter der Tür, auf den Gängen, in manchen Zimmern. Sie fangen das Regenwasser auf, das von der Decke tropft. Einmal kam so viel, dass es die Treppen hinunterströmte. Da half kein Eimer mehr. Nur noch die Feuerwehr. Der Einsatz dauerte bis zwei Uhr morgens.

Sittauer, 57, ist Direktor des Sigmund-Schuckert-Gymnasiums in Nürnberg. Knapp tausend Schülerinnen und Schüler gehen hier den langen Weg zum Abitur. Sie müssen aufpassen, dass ihnen dabei nichts auf den Kopf fällt. Im Raum der Schülersprecher krachte ein langes, schweres Neonlicht aus der durchgeweichten Decke. In einem Klassenzimmer drückte die Zugluft während des Unterrichts ein kaputtes Fenster aus der Verankerung. Das Glas knallte auf den Boden und zersprang, zum Glück hinter der letzten Stuhldreihe.

Werner Sittauer ist keiner, der laut schimpft oder klagt. Muss er auch nicht, die Dinge sprechen für sich. Er läuft durch seine Schule, zeigt Toiletten ohne Türen, Turnhallen ohne Matten und Decken ohne Putz. Dieser Schule fehlt vieles. Oder eigentlich nur eines: Geld.

Das marode Gymnasium zu sanieren ist Aufgabe der Stadt Nürnberg. Der Stadtkämmerer hat öffentlich bestätigt, dass auch er sich eine Schule in Deutschland anders vorstellt. Das Problem ist, dass es in Nürnberg noch mehr Schulen gibt, die dringend saniert werden müssen, außerdem Straßen, Brücken, Sportanlagen. Die Stadt hat aber 1,2 Milliarden Euro Schulden. Wo soll man da anfangen?

Ökonomisch gesehen, ist das Sigmund-Schuckert-Gymnasium ein Wertgegenstand. Es gehört zum Vermögen des Staates, so wie die Einfamilienhäuser und Altbauwohnungen der Republik zum Vermögen der Bürger gehören. Der Unterschied ist: Das Privatvermögen ist, gemessen an der Wirtschaftsleistung, in den vergangenen zwei Jahrzehnten um ein Drittel gestiegen, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin berechnet. Das Staatsvermögen ist um nicht weniger als neunzig Prozent gesunken.

Deutschland ist ein armes Land geworden.

Es ist nicht so, dass den Wohlhabenden der Republik der Gedanke der Solidarität fremd wäre. Im Gegenteil. Nicht nur die Zahl der Millionäre ist gestiegen, sondern auch die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen. Mit deren Geld werden Krankenhäuser unterstützt, Bäume gepflanzt, Künstler gefördert, manchmal auch Schulen repariert. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen kommen auf diese Weise jedes Jahr mehrere Milliarden Euro gemeinnützigen Zwecken zugute.

Allein den deutschen Kommunen aber fehlen 126 Milliarden Euro. Mit Spenden lässt sich der Staat nicht finanzieren.

Es gibt auch Reiche, die das ähnlich sehen. Am Ende melden sie sich doch.

Der Rockmusiker Marius Müller-Westernhagen schreibt per E-Mail: »Ein paar Prozentpunkte mehr an Steuern machen Wohlhabende nicht arm.« Der ehemalige Versicherungsunternehmer Jürgen Hunke, heute »unabhängiger, selbst bestimmter Privatier«, spricht sich für eine höhere Erbschaftsteuer aus. Der Milliardär Michael Otto, Unternehmer und Aufsichtsratsvorsitzender des gleichnamigen Versandhauses, plädiert für einen höheren Spitzensteuersatz. Und Gerhard Sturm, Gründer von ebmpapst, dem weltgrößten Hersteller von Ventilatoren, sagt: »Wenn es Sinn macht, also unsere Gesellschaft weiterbringt, bin ich durchaus bereit, temporär einen höheren Steuersatz zu akzeptieren.«

Seltsamerweise haben die Wohlhabenden, mit denen die *ZEIT* sprach, ein sehr pragmatisches Argument gegen höhere Steuern für Reiche kaum angeführt. Das Argument lautet: Die Reichen sind nicht reich genug, eine Vermögensteuer bringt zu wenig Geld ein, um die Schulden abzubauen.

Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig, weil die Schulden der Bundesrepublik so hoch sind, dass eine einzelne Maßnahme nie ausreichen wird, das Land zu sanieren. Falsch, weil eine kleine Abgabe auf große Vermögen zumindest ein erster großer Schritt sein könnte.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zum Beispiel schlägt vor, künftig eine Abgabe von einem Prozent auf Vermögen über einer Million Euro zu erheben – mit einem hohen Freibetrag für Unternehmen. Nur rund 330.000 Bürger besitzen so viel, dass sie davon betroffen wären. Trotzdem kämen nach Berechnung des DIW etwa 15 Milliarden Euro zusammen, pro Jahr.

Es wäre nicht genug Geld, um wieder zur Politik der siebziger und achtziger Jahre zurückzukehren, als die Regierungen ohne Rücksicht auf die Schulden die Ausgaben erhöhten. Der Staat müsste weiterhin sparen, er müsste streichen und kürzen, wo es möglich ist. Aber er könnte mit dem Geld seine Zinslast mindern. Oder ziemlich viele Schulen sanieren.

Irgendwann während des Gesprächs in seiner Schule hält der Direktor Werner Sittauer einen Moment inne. In den Eimern steht das Wasser, am Boden liegen Putzbröckchen. Sittauer sagt, es sei ihm immer darum gegangen, jungen Menschen etwas beizubringen, mitzuhelfen, dass das Land eine Zukunft habe.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE  
**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/2011/36/Reiche>